Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6615**

17. Wahlperiode 15. 07. 2011

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 21. Oktober 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über die Erneuerung und die Erhaltung der Grenzbrücke über die Mosel zwischen Wellen und Grevenmacher

A. Problem und Ziel

Die bestehende Moselbrücke zwischen Wellen in der Bundesrepublik Deutschland und Grevenmacher im Großherzogtum Luxemburg ist aufgrund nur beschränkter Tragfähigkeit und erheblicher Baumängel durch ein neues Brückenbauwerk zu ersetzen. Hierzu bedarf es eines Staatsvertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg, der die grundsätzlichen Regelungen hinsichtlich der Erneuerung und der Erhaltung der Grenzbrücke enthält.

B. Lösung

Abschluss des Abkommens vom 21. Oktober 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über die Erneuerung und die Erhaltung der Grenzbrücke über die Mosel zwischen Wellen und Grevenmacher. Durch das Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für das Inkrafttreten des Abkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Nach Artikel 6 des Abkommens übernimmt das Großherzogtum Luxemburg die Planung und Bauausführung der Grenzbrücke. Von den Kosten für die Erneuerung des Brückenbauwerks und den diesbezüglichen Verwaltungskosten trägt das Großherzogtum Luxemburg einen Festbetrag in Höhe von 500 000 Euro netto. Die verbleibenden Kosten für die Erneuerung des Brückenbauwerks und die diesbezüglichen Verwaltungskosten wie auch die Kosten der Erhaltung der Grenzbrücke bestimmen sich nach dem Verhältnis der Längen der Brückenteile in dem jeweiligen alleinigen Hoheitsgebiet zuzüglich der Hälfte der Länge der Brücke im gemeinschaftlichen Hoheitsgebiet abzüglich der in den Kosten enthaltenen indirekten Steuern; diese werden allein vom Großherzogtum Luxemburg getragen. Der deutsche Anteil für die Erneuerung der Grenzbrücke wird – in Abhängigkeit von der Entwicklung der Stahlkosten – zwischen fünf und sieben Millionen Euro liegen.

2. Vollzugsaufwand

Kein Vollzugsaufwand.

E. Sonstige Kosten

Kosten für soziale Sicherungssysteme und Auswirkungen auf Einzelpreise sowie auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten. Für die Wirtschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, entstehen keine Kosten.

F. Bürokratiekosten

Es werden keine Informationspflichten für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger oder für die Verwaltung eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 15. Juli 2011

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 21. Oktober 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über die Erneuerung und die Erhaltung der Grenzbrücke über die Mosel zwischen Wellen und Grevenmacher

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Der Bundesrat hat in seiner 885. Sitzung am 8. Juli 2011 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Angela Merkel

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 21. Oktober 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über die Erneuerung und die Erhaltung der Grenzbrücke über die Mosel zwischen Wellen und Grevenmacher

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Grevenmacher im Großherzogtum Luxemburg am 21. Oktober 2010 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über die Erneuerung und die Erhaltung der Grenzbrücke über die Mosel zwischen Wellen und Grevenmacher wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 14 Absatz 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 106 Absatz 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Abkommen Steuern berührt, deren Aufkommen den Ländern oder Gemeinden ganz oder zum Teil zufließen.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Abkommen nach seinem Artikel 14 Absatz 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Durch den Vollzug des Gesetzes selbst werden Bund, Länder und Gemeinden selbst nicht mit Kosten belastet.

Der deutsche Kostenanteil an der nach dem Abkommen durchzuführenden Baumaßnahme wird – in Abhängigkeit von der Entwicklung der Stahlkosten – zwischen fünf und sieben Millionen Euro betragen. Durch das Gesetz entstehen weder bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere nicht bei mittelständischen Unternehmen, noch bei sozialen Sicherungssystemen zusätzliche Kosten. Daher sind Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten.

Es werden keine Informationspflichten für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger oder für die Verwaltung eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

Gleichstellungspolitische Auswirkungen sind nicht zu erwarten.

Die Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wurden geprüft. Das Gesetz hat keine Auswirkungen auf die Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über die Erneuerung und die Erhaltung der Grenzbrücke über die Mosel zwischen Wellen und Grevenmacher

Convention entre la République fédérale d'Allemagne et le Grand-Duché de Luxembourg relative au renouvellement et à l'entretien du pont frontalier sur la Moselle entre Wellen et Grevenmacher

Die Bundesrepublik Deutschland

und

das Großherzogtum Luxemburg –

von dem Wunsch geleitet, den Straßenverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch ihre Hoheitsgebiete zu erleichtern, sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

(1) Die deutsche Bundesstraße B 419 und die luxemburgische Straße N 1 werden zwischen Wellen und Grevenmacher zusammengeschlossen.

(2) Zu diesem Zweck wird im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und im Hoheitsgebiet des Großherzogtums Luxemburg die grenzüberschreitende Brücke über die Mosel bei Flusskilometer 212,33, im Folgenden als „Grenzbrücke“ bezeichnet, erneuert.

(3) Die Vertragsstaaten streben an, die Grenzbrücke nach Möglichkeit spätestens im Jahr 2012 fertig zu stellen.

Artikel 2

Planung und Bauausführung

(1) Das Großherzogtum Luxemburg übernimmt die

a) Vermessung,

b) Planung,

c) Ausschreibung,

d) Auftragsvergabe,

e) Prüfung der Ausführungsunterlagen,

f) Bauausführung,

g) Bauüberwachung,

h) Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen

für die Grenzbrücke jeweils nach Herstellung des Einvernehmens mit der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Die Grenzbrücke wird nach den im Großherzogtum Luxemburg geltenden Normen und Vorschriften des Bauwesens geplant und ausgeführt. Für einzelne Bauteile können die Vertragsstaaten die Anwendung deutscher Vorschriften vereinbaren.

La République fédérale d'Allemagne

et

le Grand-Duché de Luxembourg,

désireux de faciliter la circulation routière entre les deux Etats ainsi que la circulation de transit à travers leurs territoires respectifs, sont convenus de ce qui suit:

Article 1

Objet de la Convention

(1) La jonction de la route fédérale allemande B 419 et de la route nationale luxembourgeoise N1 sera réalisée entre Wellen et Grevenmacher.

(2) A ces fins, il sera procédé, sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne et sur le territoire du Grand-Duché de Luxembourg, au renouvellement du pont transfrontalier sur la Moselle au kilomètre fluvial 212,33, ci-après dénommé «pont frontalier».

(3) Les Etats contractants entendent, dans la mesure du possible, terminer le pont frontalier au plus tard en l'an 2012.

Article 2

Etude du projet et exécution des travaux

(1) Le Grand-Duché de Luxembourg se charge

a) des travaux topographiques,

b) de l'étude du projet,

c) de la mise en adjudication,

d) de l'adjudication des travaux,

e) du contrôle des documents de soumission,

f) de l'exécution des travaux,

g) de la surveillance des travaux,

h) du contrôle du décompte des prestations contractuelles,

concernant le pont frontalier, chaque fois en accord avec la République fédérale d'Allemagne.

(2) Le pont frontalier sera conçu et exécuté suivant les normes et les prescriptions de la construction en vigueur au Grand-Duché de Luxembourg. Les Etats contractants peuvent convenir de l'application des prescriptions allemandes pour des parties isolées des travaux.

Artikel 3

Baurecht und Grunderwerb

(1) Das Großherzogtum Luxemburg stellt sicher, dass rechtzeitig die nach seinen Rechtsvorschriften zur Erneuerung der gesamten Grenzbrücke erforderlichen Genehmigungen und Erlaubnisse erteilt sind. Die luxemburgischen Rechtsvorschriften gelten für die gesamte Grenzbrücke.

(2) Jeder Vertragsstaat sorgt auf seine Kosten dafür, dass in seinem Hoheitsgebiet die für den Bau der Grenzbrücke dauernd oder zeitweilig erforderlichen Grundstücke rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Artikel 4

Abnahme

Nach Abschluss der Bauarbeiten wird die Grenzbrücke von den zuständigen Verwaltungen der beiden Vertragsstaaten nach dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten luxemburgischen Recht in Anwesenheit der Auftragnehmer gemeinsam abgenommen. Das Großherzogtum Luxemburg überwacht die Einhaltung der Gewährleistungsfristen für die Ausführung der Grenzbrücke und macht Gewährleistungsansprüche auch namens der Bundesrepublik Deutschland geltend.

Artikel 5

Erhaltung

(1) Nach Abnahme übernimmt das Großherzogtum Luxemburg die Erhaltung der Grenzbrücke.

(2) Die Erhaltung umfasst alle Arbeiten, die zur Unterhaltung und Instandsetzung der Grenzbrücke sowie zur Reinigung und zum Winterdienst erforderlich sind. Der Winterdienst auf den Anschlussstrecken bedarf einer besonderen Vereinbarung zwischen den zuständigen Stellen.

(3) Die Erhaltungsmaßnahmen erfolgen nach luxemburgischem Recht. Die Grenze für die Erhaltungsmaßnahmen ist das Ende der Grenzbrücke einschließlich des Widerlagers auf deutschem Gebiet.

(4) Die Erhaltung der der Grenzbrücke zugehörigen Anlagen (Rampen, Uferbefestigungen, Zufahrten sowie Entwässerungs- und Beleuchtungsanlagen) obliegt jedem Vertragsstaat in seinem Hoheitsgebiet.

(5) Die Überwachung und Prüfung der Grenzbrücke übernimmt das Großherzogtum Luxemburg nach luxemburgischen Vorschriften.

Artikel 6

Kosten

(1) Von den Kosten für die Erneuerung des Brückenbauwerks und den diesbezüglichen Verwaltungskosten trägt das Großherzogtum Luxemburg einen Festbetrag in Höhe von 500 000,– EUR (fünfhunderttausend Euro) netto. Die verbleibenden Kosten für die Erneuerung des Brückenbauwerks und die diesbezüglichen Verwaltungskosten tragen die Vertragsstaaten anteilmäßig. Die Kostenanteile nach Satz 2 berechnen sich nach dem Verhältnis der Längen der Brückenteile in dem jeweiligen alleinigen Hoheitsgebiet zuzüglich der Hälfte der Länge der Brücke im gemeinschaftlichen Hoheitsgebiet. Bei der Kostenaufteilung nach Satz 1 und 2 werden die Verwaltungskosten mit zehn vom Hundert der Kosten für die Erneuerung des Brückenbauwerks in Rechnung gestellt.

(2) Bei der Aufteilung der Kosten für die Erneuerung der Grenzbrücke und der Verwaltungskosten nach Absatz 1 sind die in den Kosten enthaltenen luxemburgischen indirekten Steuern nicht zu berücksichtigen. Diese Steuern werden allein vom Großherzogtum Luxemburg getragen.

Article 3

Droit de la construction et acquisition des terrains

(1) Le Grand-Duché de Luxembourg s’assure que les permis et autorisations requis aux termes de ses propres dispositions réglementaires en vue du renouvellement de l’ensemble du pont frontalier sont accordés en temps utile. Les dispositions règlementaires luxembourgeoises valent pour l’ensemble du pont frontalier.

(2) Chaque Etat contractant veille à ses propres frais à ce que les terrains situés sur son territoire et nécessaires à la construction du pont frontalier définitif et provisoire soient disponibles en temps voulu.

Article 4

Réception

Après l’achèvement des travaux de construction, la réception du pont frontalier se fait conjointement par les administrations compétentes des deux Etats contractants, en présence des adjudicataires, selon la législation luxembourgeoise applicable aux marchés publics de travaux. Le Grand-Duché de Luxembourg veille au respect des délais de garantie relatifs à la réalisation du pont frontalier et fait valoir le droit de garantie également au nom de la République fédérale d’Allemagne.

Article 5

Entretien

(1) Après réception, le Grand-Duché de Luxembourg se charge de l’entretien du pont frontalier.

(2) L’entretien comprend tous les travaux qui sont nécessaires pour la maintenance et la remise en état du pont frontalier ainsi que pour le nettoyage et le service d’hiver. Le service d’hiver sur les routes d’accès au pont frontalier nécessite une convention spéciale entre les services compétents.

(3) Les mesures d’entretien se font selon la législation luxembourgeoise. La limite pour les mesures d’entretien est constituée par l’extrémité du pont frontalier y compris la culée située du côté allemand.

(4) L’entretien des annexes du pont frontalier (rampes, ouvrages de stabilisation des rives, voies d’accès, installations d’évacuation des eaux et d’éclairage) incombe à chaque Etat contractant sur son territoire.

(5) Le Grand-Duché de Luxembourg se charge de la surveillance et du contrôle du pont frontalier suivant les prescriptions luxembourgeoises.

Article 6

Frais

(1) Le Grand-Duché de Luxembourg prend à charge un montant forfaitaire de 500 000,– EUR (cinq cent mille euros) net des frais pour le renouvellement de l’ouvrage d’art et les frais administratifs y relatifs. Les frais restants pour le renouvellement de l’ouvrage d’art et les frais administratifs y relatifs sont répartis proportionnellement entre les Etats contractants. Les quotes-parts des frais prévus par la deuxième phrase du présent alinéa se calculent proportionnellement à la longueur des parties du pont se trouvant sur les territoires respectifs sous souveraineté exclusive plus la moitié de la partie du pont se trouvant sur le territoire sous souveraineté commune. Lors de la répartition des frais telle que prévue à la première et deuxième phrase du présent alinéa, les frais administratifs sont mis en compte à raison de dix pour cent des frais pour le renouvellement de l’ouvrage d’art.

(2) Lors de la répartition des frais pour le renouvellement du pont frontalier et des frais administratifs mentionnés à l’alinéa 1er, les impôts indirects luxembourgeois compris dans lesdits frais ne sont pas à prendre en compte. Ces impôts seront uniquement à charge du Grand-Duché de Luxembourg.

(3) Die Kosten der Erhaltung der Grenzbrücke tragen die Vertragsstaaten anteilsmäßig. Absatz 1 Satz 3 und 4 gelten entsprechend. Bei der Aufteilung dieser Kosten sind die darin enthaltenen luxemburgischen indirekten Steuern nicht zu berücksichtigen. Diese Steuern werden allein vom Großherzogtum Luxemburg getragen.

Artikel 7

Zahlungen

(1) Die Bundesrepublik Deutschland erstattet dem Großherzogtum Luxemburg den von ihr zu tragenden Anteil der Abschlagszahlungen, die entsprechend dem Baufortschritt den Auftragnehmern geleistet werden.

(2) Das Großherzogtum Luxemburg wird der Bundesrepublik Deutschland zwei Monate im Voraus den geschätzten Bedarf an Mitteln für die Abschlagszahlungen mitteilen und dabei über den Stand der Ausgaben durch Übersichten unterrichten, in denen die Höhe und der Zeitpunkt der Auszahlungen ausgewiesen werden.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland zahlt den Rest ihres Kostenanteils nach Abnahme und Abrechnung.

(4) Bei Meinungsverschiedenheiten können die unstreitigen Beträge nicht zurückgehalten werden.

(5) Die Bundesrepublik Deutschland erhält Zweitstücke der Ausführungs- und Bestandspläne, der Bauverträge, Bestellurkunden und festgestellten Abrechnungsunterlagen.

Artikel 8

Betretungsrecht, Aufenthaltstitel

(1) Das Erfordernis eines Aufenthaltstitels oder eines Visums sowie von Pässen oder Passersatzpapieren richtet sich für die bei der Erneuerung und bei der Erhaltung der Grenzbrücke beteiligten Personen nach dem Recht, das jeweils im Hoheitsgebiet derjenigen Vertragspartei gilt, in dem die betreffende Person sich aufhält.

(2) Das Erfordernis einer Erlaubnis, eine Beschäftigung bei der Erneuerung und bei der Erhaltung der Grenzbrücke auszuüben, richtet sich auch für Tätigkeiten, die auf dem Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei ausgeübt werden, ausschließlich nach dem Recht derjenigen Vertragspartei, welcher nach Artikel 2 und 5 die Ausführung der Arbeiten einschließlich der damit zusammenhängenden Kontrollen obliegt.

(3) Unabhängig von der Zuständigkeit für die Bauausführung finden entsprechend der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen die für das jeweilige Territorium einschlägigen nationalen Rechtsvorschriften Anwendung. Für auf deutschem Territorium ausgeführte Arbeiten ist dies insbesondere das Arbeitnehmer-Entsendegesetz vom 20. April 2009 in seiner jeweils gültigen Fassung. Danach muss das Unternehmen insbesondere die nach dem Gesetz maßgeblichen tarifvertraglichen und gesetzlichen Arbeitsbedingungen einhalten und die Arbeiten vor Arbeitsaufnahme der zuständigen Behörde der Zollverwaltung anzeigen.

(4) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, Personen, die aufgrund dieses Vertrages in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates gelangt sind und die die Bestimmungen dieses Vertrages verletzt haben oder sich dort rechtswidrig aufhalten, jederzeit formlos zurückzunehmen.

(5) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der Grenzbrücke werden von den örtlich zuständigen Grenzbehörden und den jeweils örtlich zuständigen Polizeibehörden einvernehmlich geregelt.

(3) Les frais d'entretien du pont frontalier sont proportionnellement pris en charge par les Etats contractants. La troisième et la quatrième phrase de l'alinéa 1er s'appliquent *mutatis mutandis*. Lors de la répartition de ces frais, les impôts indirects luxembourgeois compris dans lesdits frais ne sont pas à prendre en compte. Ces impôts sont uniquement à charge du Grand-Duché de Luxembourg.

Article 7

Paiements

(1) La République fédérale d'Allemagne rembourse au Grand-Duché de Luxembourg sa part des acomptes payés aux adjudicataires au fur et à mesure de l'avancement des travaux.

(2) Le Grand-Duché de Luxembourg communiquera, deux mois à l'avance, à la République fédérale d'Allemagne le montant des fonds estimés nécessaires pour le paiement des acomptes et l'informe en même temps de l'état des dépenses moyennant des relevés faisant état du montant et de l'échéance des acomptes.

(3) La République fédérale d'Allemagne règle le solde de sa quote-part après la réception de l'ouvrage et l'établissement du décompte.

(4) En cas de divergences, les montants non contestés ne peuvent pas être retenus.

(5) La République fédérale d'Allemagne reçoit les doubles des plans d'exécution, des plans des installations existantes, des contrats de construction, des bordereaux de commandes ainsi que des décomptes arrêtés.

Article 8

Droit d'accès, titres de séjour

(1) L'exigence d'un titre de séjour ou d'un visa, comme d'un passeport ou de documents reconnus équivalents vise les personnes intervenant dans le renouvellement et l'entretien du pont frontalier et est régie par le droit applicable sur le territoire de l'Etat contractant où la personne concernée se trouve.

(2) L'exigence de disposer d'une autorisation d'exercer une activité dans le cadre du renouvellement ou de l'entretien du pont frontalier est régie exclusivement par le droit de l'Etat contractant auquel incombe selon les articles 2 et 5 l'exécution des travaux et du contrôle afférent, même pour les travaux exécutés sur le territoire de l'autre Etat contractant.

(3) Les dispositions nationales pertinentes pour chaque territoire s'appliquent conformément à la directive 96/71/CE du parlement européen et du conseil du 16 décembre 1996 concernant le détachement de travailleurs effectué dans le cadre d'une prestation de services indépendamment de la compétence pour l'exécution des travaux. La loi allemande sur le détachement des travailleurs du 20 avril 2009 (Arbeitnehmer-Entsendegesetz vom 20. April 2009) telle que modifiée est notamment applicable pour les travaux exécutés sur le territoire allemand. Cette loi dispose que l'entreprise doit respecter en particulier les conditions de travail prévues par les conventions collectives et la législation du travail applicables et annoncer les travaux avant leur commencement à l'administration des douanes compétente.

(4) Les Etats contractants s'engagent à retirer à tout moment et sans formalités les personnes qui ont pénétré sur le territoire de l'autre Etat contractant sur la base de la présente Convention et qui en ont violé les dispositions ou qui y séjournent en situation irrégulière.

(5) Les questions singulières concernant le maintien de la sécurité et de l'ordre publics dans la zone du pont frontalier sont résolues d'un commun accord par les autorités frontalières et les autorités de police responsables au niveau local.

Artikel 9

Steuerbestimmungen

(1) Ohne den Verlauf der gemeinsamen Staatsgrenze und das bestehende Kondominium zu verändern, gilt der Baustellenbereich der Grenzbrücke und nach ihrer Fertigstellung die Grenzbrücke selbst hinsichtlich der Mehrwertsteuer als Hoheitsgebiet des Großherzogtums Luxemburg, soweit es sich um Lieferungen von Gegenständen und sonstige Leistungen sowie den innergemeinschaftlichen Erwerb und die Einfuhr von Gegenständen handelt, die für die Erneuerung und die Erhaltung der Grenzbrücke bestimmt sind.

(2) Hinsichtlich der besonderen Verbrauchssteuern gilt Absatz 1 vorbehaltlich geltenden Gemeinschaftsrechts sinngemäß auch für die Verwendung von Energieerzeugnissen und Strom.

(3) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden der Vertragsstaaten verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmung der Absätze 1 und 2. Die Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmung der Absätze 1 und 2 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind. Im Übrigen bleiben die jeweiligen Hoheitsrechte unberührt.

(4) Von diesem Abkommen unberührt bleiben die Regelungen des jeweils geltenden Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern.

Artikel 10

Datenschutz

Unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts jedes Vertragsstaates erfolgen Übermittlung und Verwendung personenbezogener Daten – im Weiteren „Daten“ genannt – im Rahmen dieses Abkommens nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle eines Vertragsstaates unterrichtet die übermittelnde Stelle des anderen Vertragsstaates auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zur Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Daten unverzüglich zu berichtigen oder zu löschen.
4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Die Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu

Article 9

Dispositions fiscales

(1) Sans modifier le tracé de la frontière commune ni le condominium existant, la zone du chantier du pont frontalier et le pont frontalier lui-même après son achèvement sont considérés – en ce qui concerne la taxe sur la valeur ajoutée – comme faisant partie du territoire du Grand-Duché de Luxembourg pour autant qu’il s’agit de livraisons de biens et de prestations de services ainsi que d’acquisitions intracommunautaires et d’importations de biens destinés au renouvellement et à l’entretien du pont frontalier.

(2) Le paragraphe 1 s’applique *mutatis mutandis*, en ce qui concerne les droits d’accises et taxes à effet équivalent pour l’utilisation des produits énergétiques et de l’électricité, sans préjudice des dispositions communautaires en vigueur.

(3) Les autorités fiscales et douanières compétentes des Etats contractants se concertent et se fournissent mutuellement toute information et assistance nécessaires en vue de l’application de leurs prescriptions légales et administratives dans le cadre des dispositions des paragraphes 1 et 2. Les représentants de ces autorités sont autorisés à séjourner sur le chantier et à y prendre les mesures nécessaires, dans le cadre des dispositions des paragraphes 1 et 2, prévues par leurs prescriptions légales et administratives. Pour le reste, les droits de souveraineté respectifs n’en sont pas affectés.

(4) La présente Convention n’affecte pas la réglementation des conventions applicables entre la République fédérale d’Allemagne et le Grand-Duché de Luxembourg tendant à éviter les doubles impositions et à établir les règles d’assistance administrative et judiciaire réciproques en matière d’impôts sur le revenu et la fortune et en matière d’impôt commercial et d’impôt foncier.

Article 10

Protection des données

Dans le respect du droit interne des Etats contractants, la transmission et l’utilisation de données à caractère personnel (ci-après les «données») effectuées dans le cadre de la présente convention se font dans le respect des dispositions suivantes:

1. Le service destinataire d’un Etat contractant informe, sur demande, le service émetteur de l’autre Etat contractant de l’utilisation des données communiquées et des résultats ainsi obtenus.
2. L’utilisation des données par le service destinataire n’est autorisée qu’aux fins stipulées dans la présente Convention et dans les conditions prescrites par le service émetteur. Elle est en outre autorisée pour la prévention et la poursuite des infractions pénales d’une grande gravité et en vue de se prémunir des dangers graves pouvant affecter la sécurité publique.
3. Le service émetteur s’engage à veiller à l’exactitude des données à transmettre, au caractère nécessaire de la communication et à l’absence de disproportion entre les informations et l’objectif recherché. A cet égard, les motifs de non-communication en vigueur selon le droit applicable dans chacun des Etats contractants s’appliquent. La transmission de données ne se fait pas si le service émetteur est fondé à penser que cette transmission irait à l’encontre de l’objectif d’une loi nationale ou affecterait des intérêts dignes de protection des personnes concernées. S’il s’avère que des données inexactes ou non-communicables ont été transmises, le service destinataire doit en être informé sans délai. Il est alors dans l’obligation de procéder à la correction ou à l’effacement de ces données.
4. L’intéressé doit être informé, sur demande, des données détenues concernant sa personne, ainsi que de l’usage qu’il est prévu d’en faire. L’obligation de renseignement n’existe pas s’il s’avère après réflexion que l’intérêt de l’Etat à ne pas fournir ces renseignements prévaut sur l’intérêt du

erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

5. Wird jemand im Zusammenhang mit Datenübermittlungen aufgrund dieses Abkommens rechtswidrig geschädigt, ist ihm die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig oder unzulässig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

6. Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende nationale Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsfristen vorsieht, weist die übermittelnde Stelle die empfangende Stelle darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.

8. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 11

Gemischte Kommission

(1) Es wird eine deutsch-luxemburgische Gemischte Kommission für die Erneuerung und die Erhaltung der Grenzbrücke gebildet. Diese besteht aus den beiden Leitern der Delegationen und aus den von jedem Vertragsstaat zu den Sitzungen entsandten Mitgliedern. Die Vertragsstaaten teilen einander den Leiter ihrer Delegation in der Gemischten Kommission mit. Jeder Delegationsleiter kann die Kommission durch Ersuchen an den Leiter der anderen Delegation zu einer Sitzung unter seinem Vorsitz einberufen. Die Sitzung muss auf seinen Wunsch spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang dieses Ersuchens stattfinden.

(2) Die Gemischte Kommission hat die Aufgabe, Fragen zu klären, die sich hinsichtlich der Erneuerung und der Erhaltung der Grenzbrücke ergeben, und den Vertragsstaaten Empfehlungen zu unterbreiten, insbesondere zu

a) Festlegung der Hauptmaße und der Gestaltung der Grenzbrücke,

b) Feststellung des Umfangs der gemeinsamen Arbeiten,

c) Prüfung des Bauwerksentwurfs und zum Vergabevorschlag,

d) Einigung über Zahlungen und Zahlungsmodalitäten,

e) Abnahme der Grenzbrücke,

f) Aufteilung der Kosten für die Erneuerung und die Erhaltung der Grenzbrücke,

g) Übergabe und Übernahme der Grenzbrücke,

h) Auslegung oder Anwendung des Abkommens bei Meinungsverschiedenheiten.

(3) Jede Delegation in der Gemischten Kommission kann sich von den zuständigen Verwaltungen des anderen Vertragsstaats die Unterlagen vorlegen lassen, die sie für notwendig erachtet, um die Beschlüsse der Kommission vorzubereiten.

demandeur à la communication de ceux-ci. Pour le reste, le droit de l’intéressé à obtenir lesdits renseignements relève de la législation interne de l’Etat contractant sur le territoire duquel les renseignements seront demandés.

5. Si, aux fins de la présente Convention, une personne est lésée de façon illicite, le service destinataire est tenu de l’indemniser du dommage subi conformément à la législation nationale de l’Etat contractant. Dans sa relation avec la personne lésée, le service destinataire, ne peut pas invoquer à sa décharge le fait que le dommage a été causé par le service émetteur. Au cas où le service destinataire accorde une indemnisation pour un dommage causé par l’utilisation de données incorrectes ou non autorisées, le service émetteur rembourse au service destinataire le montant total de l’indemnisation accordée.

6. Si le droit national applicable au service émetteur prévoit des délais spéciaux pour l’effacement des données à caractère personnel transmises, le service émetteur en informe le service destinataire. Indépendamment de ces délais, les données communiquées doivent être effacées dès qu’elles ne sont plus nécessaires pour les fins auxquelles elles ont été transmises.

7. Le service émetteur et le service destinataire s’engagent à enregistrer la transmission et la réception de données à caractère personnel dans leurs actes.

8. Le service émetteur et le service destinataire sont tenus de protéger efficacement les données à caractère personnel communiquées contre tout accès, modification et publication non autorisés.

Article 11

Commission mixte

(1) Une Commission mixte germano-luxembourgeoise est instituée pour accompagner le renouvellement et l’entretien du pont frontalier. Celle-ci est composée des deux chefs des délégations et des membres délégués aux séances par chaque Etat contractant. Les Etats contractants se communiquent réciproquement le nom du chef de leur délégation dans la Commission mixte. Chaque chef de délégation peut convoquer la Commission à une réunion sous sa présidence moyennant requête au chef de l’autre délégation. La réunion doit avoir lieu, sur sa demande, au plus tard un mois après réception de cette requête.

(2) La Commission mixte a pour attribution de clarifier des questions résultant du renouvellement et de l’entretien du pont frontalier et de soumettre aux Etats contractants des recommandations concernant notamment:

a) la détermination des dimensions principales et de la structure du pont frontalier,

b) la détermination de l’envergure des travaux communs,

c) l’examen du projet de l’ouvrage d’art et de la proposition d’adjudication,

d) l’accord sur les paiements et les modalités y relatives,

e) la réception du pont frontalier,

f) la répartition des frais du renouvellement et de l’entretien du pont frontalier,

g) la remise et la prise en charge du pont frontalier,

h) l’interprétation ou l’application de la Convention en cas de divergences d’opinion.

(3) Chaque délégation de la Commission mixte a le droit de recevoir de la part des administrations compétentes de l’autre Etat contractant les documents qu’elle estime nécessaires pour préparer les décisions de la Commission.

(4) Jeder Vertragsstaat kann zu den Sitzungen der Gemischten Kommission Sachverständige einladen.

(5) Die Gemischte Kommission fasst alle ihre Beschlüsse im gegenseitigen Einvernehmen.

Artikel 12

Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gelöst werden. Jeder Vertragsstaat kann zu diesem Zweck die Gemischte Kommission um Stellungnahme bitten. Ausnahmsweise kann der diplomatische Weg genutzt werden.

Artikel 13

Geltungsdauer, Abkommensänderungen und Vorabanwendungsklausel

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Vertragsstaaten geändert, ergänzt oder aufgehoben werden.

(2) Ergeben sich bei der Durchführung des Abkommens erhebliche Schwierigkeiten oder ändern sich die bei seinem Abschluss bestehenden Verhältnisse wesentlich, so werden die Vertragsstaaten auf Wunsch eines Vertragsstaats über einen Nachtrag zum Abkommen oder über eine Neuregelung verhandeln.

(3) Zum Zwecke der frühestmöglichen Inbetriebnahme der Grenzbrücke werden die Bestimmungen dieses Abkommens ab dem Tag seiner Unterzeichnung, nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten, angewandt.

Artikel 14

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin (Bundesrepublik Deutschland) ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Geschehen zu Grevenmacher (Großherzogtum Luxemburg) am 21. Oktober 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(4) Chaque Etat contractant peut inviter des experts aux séances de la Commission mixte.

(5) La Commission mixte prend ses décisions d'un commun accord.

Article 12

Divergences d'opinion

Les divergences d'opinion relatives à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention devront être résolues par les autorités compétentes des Etats contractants. A cette fin, chaque Etat contractant peut demander à la Commission mixte de prendre position. Exceptionnellement, il peut être fait usage de la voie diplomatique.

Article 13

Durée, modifications et clause d'application préliminaire de la Convention

(1) La présente Convention est conclue à durée indéterminée. Elle peut être modifiée, complétée ou résiliée d'un commun accord entre les Etats contractants.

(2) En cas de difficultés majeures lors de l'exécution de la Convention ou en cas de changement substantiel des conditions existantes au moment de la conclusion, les Etats contractants négocieront, sur demande d'un Etat contractant, soit un avenant à la Convention, soit une nouvelle convention.

(3) En vue d'une mise en service la plus précoce possible du pont frontalier, les dispositions de la présente Convention sont applicables, sous réserve du respect du droit applicable des Etats contractants, dès la signature de la Convention.

Article 14

Entrée en vigueur

(1) La présente Convention sera ratifiée; les instruments de ratification seront échangés aussi tôt que possible à Berlin (République fédérale d'Allemagne).

(2) La présente Convention entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suit l'échange des instruments de ratification.

Fait à Grevenmacher (Grand-Duché de Luxembourg), le 21 octobre 2010, en deux originaux, chacun en langues française et allemande, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne

Hubertus Morr
Peter Ramsauer

Für das Großherzogtum Luxemburg
Pour le Grand-Duché de Luxembourg

Claude Wiseler

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeiner Teil

Am 21. Oktober 2010 ist das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über die Erneuerung und die Erhaltung der Grenzbrücke über die Mosel zwischen Wellen und Grevenmacher unterzeichnet worden. Mit dem Abkommen wird die Grundlage dafür geschaffen, die zwischen Wellen und Grevenmacher im Zuge der deutschen Bundesstraße B 419 und der luxemburgischen Straße N 1 bestehende Moselbrücke, die nur eine beschränkte Tragfähigkeit und erhebliche Baumängel aufweist, durch ein neues Brückenbauwerk zu ersetzen. Hierdurch wird sichergestellt, dass der Bevölkerung beiderseits der Grenze auch auf Dauer eine leistungsfähige und verkehrssichere Verkehrsanbindung zwischen Wellen in der Bundesrepublik Deutschland und Grevenmacher im Großherzogtum Luxemburg zur Verfügung steht.

II. Besonderer Teil

Artikel 1 definiert den Gegenstand und das Ziel des Abkommens: Erneuerung der Grenzbrücke über die Mosel im Zuge der deutschen Bundesstraße B 419 und der luxemburgischen Straße N 1 bei Flusskilometer 212,33. Die Vertragsstaaten streben an, die Grenzbrücke nach Möglichkeit spätestens im Jahr 2012 fertigzustellen.

Artikel 2 weist die für die Erneuerung der Grenzbrücke notwendigen Arbeiten wie Planung und Bauausführung dem Großherzogtum Luxemburg zu. Für einzelne Bauteile können die Vertragsstaaten die Anwendung deutscher Vorschriften vereinbaren.

Artikel 3 bestimmt, dass die Erneuerung der Grenzbrücke nach Maßgabe des im Großherzogtum Luxemburg geltenden Rechts erfolgt. Die Erstreckung der Rechtsvorschriften des Großherzogtums Luxemburg, das die Erneuerung ausführt, auf den gesamten Brückenbereich ist schon aufgrund des auf der Mosel nach dem Vertrag vom 19. Dezember 1984 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Verlauf der gemeinsamen Staatsgrenze, umgesetzt in nationales Recht durch Gesetz vom 14. April 1988 (BGBl. 1988 II S. 414, 415), bestehenden Kondominiums, also des gemeinschaftlich ausgeübten Herrschaftsgebiets, der Bundesrepublik Deutschland und des Großherzogtums Luxemburg erforderlich. Andernfalls wäre nicht klar, welche Rechtsvorschriften – die der Bundesrepublik Deutschland oder die des Großherzogtums Luxemburg – im Bereich der Kondominiums zur Anwendung kommen.

Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, jeweils rechtzeitig den Grunderwerb auf dem Hoheitsgebiet ihres Staates zur Verfügung zu stellen.

Artikel 4 legt fest, dass für die Abnahme des Brückenbauwerks die Bestimmungen des die Erneuerung übernehmenden Großherzogtums Luxemburg gelten. Die Abnahme selbst erfolgt durch die jeweils zuständigen Stellen der Vertragsstaaten. Zudem ist festgelegt, dass das Großherzogtum Luxemburg die Einhaltung der Gewährleistungsfristen für die Ausführung der Grenzbrücke überwacht und Gewährleistungsansprüche auch namens der Bundesrepublik Deutschland geltend macht.

Artikel 5 weist die Erhaltung der Grenzbrücke dem Großherzogtum Luxemburg zu, das auch für die Erhaltung der alten abgängigen Grenzbrücke über die Mosel zwischen Wellen und Grevenmacher zuständig war. Die Erhaltungsmaßnahmen erfolgen nach luxemburgischem Recht. Die Erhaltung der der Grenzbrücke zugehörigen Anlagen (Rampen, Uferbefestigungen, Zufahrten sowie Entwässerungs- und Beleuchtungsanlagen) obliegt jedem Vertragsstaat in seinem Hoheitsgebiet.

Artikel 6 legt die Aufteilung der Kosten fest. Danach trägt das Großherzogtum Luxemburg von den Kosten für die Erneuerung des Brückenbauwerks und den diesbezüglichen Verwaltungskosten einen Festbetrag in Höhe von 500 000 Euro netto (Kosten für eine zusätzliche Versteifung der Fahrbahn hinsichtlich einer Verkürzung der Ausführungsfristen). Die verbleibenden Kosten für die Erneuerung des Brückenbauwerks und die diesbezüglichen Verwaltungskosten sowie die Kosten für die Erhaltung der Grenzbrücke tragen die Vertragsstaaten anteilmäßig nach dem Verhältnis der Längen der Brückenteile in dem jeweiligen alleinigen Hoheitsgebiet zuzüglich der Hälfte der Länge der Brücke im gemeinschaftlichen Hoheitsgebiet. Bei der Kostenaufteilung werden die Verwaltungskosten mit zehn vom Hundert der Kosten für die Erneuerung beziehungsweise die Erhaltung des Brückenbauwerks in Rechnung gestellt. Nach Absatz 2 und 3 Satz 2 bleiben bei der Aufteilung der Kosten die in den Kosten enthaltenden luxemburgischen indirekten Steuern unberücksichtigt; diese werden allein vom Großherzogtum Luxemburg getragen.

Artikel 7 bestimmt die Zahlungsmodalitäten. Die Bundesrepublik Deutschland erstattet dem Großherzogtum Luxemburg den von ihr zu tragenden Anteil der Abschlusszahlungen, die entsprechend dem Baufortschritt den Auftragnehmern geleistet werden. Den Rest ihres Kostenanteils zahlt die Bundesrepublik Deutschland nach Abnahme und Abrechnung.

Artikel 8 enthält in den Absätzen 1 und 2 Regelungen betreffend das Einreiserecht und die erforderlichen Arbeitserlaubnisse für die bei der Erneuerung und bei der Erhaltung der Grenzbrücke beteiligten Personen. Hinsichtlich der Arbeitsbedingungen greifen nach Absatz 3 die einschlägigen nationalen Rechtsvorschriften. Für auf deutschem Hoheitsgebiet ausgeführte Arbeiten ist dies insbesondere das Arbeitnehmer-Entsendegesetz vom 20. April 2009 in seiner jeweils gültigen Fassung. Absatz 4 verpflichtet die Vertragsstaaten zur jederzeitigen formlosen Rücknahme von Personen, die aufgrund dieses Vertrages in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats gelangt sind und die die Bestimmungen dieses Vertrages verletzt haben oder sich dort rechtswidrig aufhalten. Nach Absatz 5 werden Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der Grenzbrücke von den örtlich zuständigen Grenzbehörden und den jeweils örtlich zuständigen Polizeibehörden einvernehmlich geregelt.

Artikel 9 beruht auf dem Gedanken und der praktischen Erfahrung, dass es am einfachsten und zweckmäßigsten ist, wenn das Besteuerungsrecht eines Vertragsstaats, namentlich des Vertragsstaats, dem die Planung und Bauausführung obliegt, im gesamten Grenz-

brückenbereich auf dem Hoheitsgebiet beider Vertragsstaaten zur Anwendung kommt. Eine einheitliche Steuerregelung ist dabei auch aufgrund des auf der Mosel bestehenden Kondominiums der Bundesrepublik Deutschland und des Großherzogtums Luxemburg erforderlich. Die Vertreter der jeweils zuständigen Steuer- und Zollbehörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle und nach erfolgter Erneuerung auf der Grenzbrücke selbst aufzuhalten und die Maßnahmen im Rahmen der Absätze 1 und 2 zu treffen, die nach ihren innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind. Im Übrigen bleiben die jeweiligen Hoheitsrechte unberührt. Unberührt bleiben ferner die Regelungen des jeweils geltenden Abkommens vom 23. August 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern (BGBl. 1959 II S. 1269, 1270; 1978 II S. 109, 111; 2010 II S. 1150, 1151).

Artikel 10 enthält detaillierte Regelungen zum Datenschutz. Er stellt sicher, dass der Datenschutz unter Beachtung der nationalen Rechtsvorschriften gewährleistet wird, sofern aufgrund dieses Abkommens personenbezogene Daten übermittelt werden.

Artikel 11 regelt die Gründung und Aufgaben einer deutsch-luxemburgischen Gemischten Kommission, die sich unter anderem mit Fragen der Vertragsdurchführung beschäftigt.

Artikel 12 bestimmt das Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten, die nicht durch die Gemischte Kommission gelöst werden können.

Artikel 13 regelt die Geltungsdauer des Abkommens und legt fest, dass die Vertragsstaaten für den Fall, dass sich bei der Durchführung des Abkommens erhebliche Schwierigkeiten ergeben oder sich die bei Abschluss des Abkommens bestehenden Verhältnisse wesentlich ändern, auf Wunsch eines Vertragsstaats über einen Nachtrag zum Abkommen oder über eine Neuregelung verhandeln werden. Zum Zwecke der frühestmöglichen Inbetriebnahme der Grenzbrücke wurde eine Vorabanwendungsklausel aufgenommen.

Artikel 14 legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens fest. Der Vertrag bedarf der Ratifikation. Das Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333